



**Berlin, 14. Dezember 2023
Nr. 71/2023**

Stahlbeschäftigte im Osten weiten Warnstreiks massiv aus

Die ostdeutschen Stahlarbeiter und Stahlarbeiterinnen haben vor der nächsten Verhandlungsrunde ihre Warnstreiks spürbar ausgeweitet. Deutlich über 1.300 Beschäftigte legten am Donnerstag bei Arcelor Mittal in Eisenhüttenstadt, beim Mannesmannröhren-Werk in Zeithain, bei den Schmiedewerken Gröditz und bei Ilseburger Grobblech und VPS die Arbeit nieder. „Diese massiven Warnstreiks stehen für den massiven Unmut der Stahlarbeiter und Stahlarbeiterinnen über das enttäuschende Angebot der Arbeitgeber“, erklärte Dirk Schulze, IG Metall-Verhandlungsführer für die ostdeutsche Stahlindustrie.

Morgens um 05.00 Uhr nahmen rund 200 Beschäftigte vom Mannesmann-Röhrenwerk in Zeithain und den Schmiedewerken Gröditz am fünfstündigen Ausstand teil. Eine Stunde später traten in Eisenhüttenstadt 850 Arbeiter und Arbeiterinnen bei Arcelor Mittal in einen vierstündigen Warnstreik. Um 10 Uhr folgten 250 Kolleginnen und Kollegen in Ilseburg mit einem ebenfalls vierstündigen Warnstreik.

Dirk Schulze, IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Wenn die Arbeitgeber in dieser Tarifrunde noch an der Entschlossenheit ihrer Beschäftigten gezweifelt haben sollten, müssten sie es spätestens jetzt besser wissen. Für die Zuspitzung der Tarifauseinandersetzung tragen sie die alleinige Verantwortung mit ihrer Weigerung, den Beschäftigten mit einer deutlichen Lohnerhöhung einen angemessenen Ausgleich für die starken Preissteigerungen zu bieten. Auch bei der Arbeitszeitverkürzung zeichnen sich am Verhandlungstisch keine substantziellen Fortschritte ab.“

Zum Hintergrund: Am morgigen Freitag gehen die Verhandlungen für die nordwestdeutsche Stahlindustrie weiter. Der nächste Verhandlungstermin für die ostdeutsche Stahlindustrie ist für kommenden Montag verabredet. Die IG Metall fordert eine Entgelterhöhung um 8,5 Prozent für zwölf Monate. Die Arbeitgeber bieten 3,5 Prozent mehr bei einer Laufzeit von 19 Monaten sowie eine Einmalzahlung über 1.000 Euro als Inflationsausgleich. Bei der Forderung der IG Metall nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochen-Stunden brachten die bisherigen Verhandlungen nur geringe Fortschritte.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82